



an den Präsidenten des Gemeinderats
Thomas Wüthrich
Bahnhofstr. 17
8610 Uster

Uster, 18. Mai 2015

Motion:

„Berufliche Integration und Gleichstellung fördern“

Die Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht. Arbeitsplätze für nicht oder wenig qualifiziertes Personal wurden wegrationalisiert.

Mit der Ratifikation der UNO Behindertenrechtskonvention am 15. Mai 2014 hat sich die Schweiz verpflichtet, Hindernisse für Menschen mit Behinderung zu beseitigen, sie vor Diskriminierungen zu schützen und deren Inklusion und Gleichstellung in der Gesellschaft aktiv zu fördern.

Die Stadt soll deshalb eine Vorbildfunktion übernehmen und in der öffentlichen Verwaltung und in Betrieben Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen erhalten oder schaffen. Dazu gehören auch genügend Teilzeitstellen, für nicht 100% arbeitsfähige Invalide und der Abbau von Hindernissen in der Stadt und in der Verwaltung.

In der Beantwortung der Anfrage 556/2012 wird dem Gemeinderat vorgeschlagen, einen separaten Stellenplan für Integrationsstellen für IV-Bezüger zu initiieren.

Aufgrund dieser Antwort und der Behindertenrechtskonvention wird der Stadtrat aufgefordert, eine Vorlage auszuarbeiten, in welcher folgende Punkte berücksichtigt sind:

- einen zusätzlichen Stellenplan in der Stadtverwaltung bezüglich Integrationsstellen für eingeschränkt leistungsfähige Menschen zu schaffen
- Teilzeitstellen zu schaffen für anerkannte Teil-Invalide
- Inklusion und Gleichstellung in der Verwaltung besonders zu berücksichtigen
- Hindernisse für Menschen mit Behinderung beseitigen
- Auf eine aktive Umsetzung der Behindertenrechtskonvention achten
- Dem Parlament im Jahresbericht einen Inklusionsbericht vorlegen

Mary Rauber, Gemeinderätin EVP

Walter Strucken, Gemeinderat SP

Wolfgang Harder, Gemeinderat CVP

Ivo Koller, Gemeinderat BDP

Ursula Räuftlin, Gemeinderätin GLP